

# Matthias Hauer

Ihr Abgeordneter für den Essener Süden und Westen

Newsletter ... 06/21

23.04.2021



Vor der Vernehmung von Bundesfinanzminister Olaf Scholz im Untersuchungsausschuss Wirecard gibt Matthias Hauer MdB am 22. April ein Statement ab (siehe auch S. 3).

## Bundesweite Notbremse beschlossen

Am Mittwoch hat der Deutsche Bundestag eine bundesweit einheitliche „Corona-Notbremse“ beschlossen. Die Notbremse greift, wenn die Zahl der Neuinfektionen in einer Stadt oder einem Landkreis binnen einer Woche 100 pro 100.000 Einwohner übersteigt. 342 Abgeordnete stimmten in einer namentlichen Abstimmung dafür, 250 dagegen und 64 enthielten sich der Stimme. Auch Matthias Hauer MdB hat nach reiflicher Überlegung für die umstrittene Regelung gestimmt: „In der ursprünglichen Fassung hatte ich massive verfassungsrechtliche Bedenken“, sagt er. „Diese konnten durch die gefundenen Kompromisse in der neuen Regelung ausgeräumt werden. Das Ziel des Gesetzes, Menschenleben zu retten und eine Überlastung unseres Gesundheitssystems zu verhindern, unterstütze ich uneingeschränkt.“ Grund für die Notbremse ist der starke Anstieg der Infektionen in der dritten Corona-Welle. „In vielen anderen Ländern waren vergleichbare Maßnahmen wirksam, um die Welle zu brechen“, so Hauer. Laut Neuregelung gilt in Regionen mit einer Sieben-Tage-Inzidenz, die an drei aufeinander folgenden Tagen den Wert 100 übersteigt, künftig eine nächtliche Ausgangssperre zwischen 22 Uhr und 5 Uhr. Allein joggen oder spazieren gehen ist bis Mitternacht möglich. Schulen müssen den Präsenzbetrieb ab einer Inzidenz von 165 einstellen. Die „Corona-Notbremse“ ist bis Ende Juni befristet. Das 4. Bevölkerungsschutzgesetz beinhaltet zudem Regelungen für mehr Homeoffice sowie mehr Schutz im Personennahverkehr. Eltern erhalten für das Jahr 2021 pro Elternteil zehn zusätzliche Kinderkrankentage, Alleinerziehende 20 Kinderkrankentage. Der Anspruch besteht unabhängig davon, ob die geschuldete Arbeitsleistung nicht auch im Homeoffice erbracht werden kann. Das Gesetz gibt der Bundesregierung zudem den Spielraum, Geimpften ebenso wie negativ Getesteten oder nach einer Covid-Erkrankung immun gewordenen Menschen mehr Freiheiten zu ermöglichen. Dazu soll sie nun eine Rechtsverordnung erarbeiten, der Bundestag und Bundesrat vor Inkrafttreten zustimmen müssen. Der Bundesrat hat das 4. Bevölkerungsschutzgesetz gestern gebilligt.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Essenerinnen und Essener!

Der Wirecard-Untersuchungsausschuss hat in dieser Woche mit der Vernehmung der politischen Spitzen seinen Höhepunkt erreicht. Mit acht Vernehmungstagen in den zurückliegenden zwei Wochen endete der wesentliche Teil der Beweisaufnahme.

Das halbe Jahr intensiver Aufklärungsarbeit hat sich ausgezahlt: Wir haben eklatante Versäumnisse bei der Finanz- und Geldwäscheaufsicht sowie bei Bilanzkontrolle, Abschlussprüfung und Compliance festgestellt. Zudem verloren mehrere Spitzenmanager ihren Job. Warum Finanzminister Scholz aus meiner Sicht die politische Verantwortung des Skandals trägt, lesen Sie auf den Seiten 2 und 3. Als Union drängen wir zudem darauf, die Lehren aus dem Wirecard-Skandal konsequent zu ziehen. Gemeinsam mit anderen Abgeordneten habe ich in den letzten Wochen zahlreiche Nachschärfungen für das laufende Gesetzgebungsvorhaben erarbeitet.

Nach langer und intensiver Debatte hat sich der Bundesvorstand der CDU für Armin Laschet als Kanzlerkandidat der Union entschieden. Warum ich ihn unterstütze, lesen Sie auf Seite 4.

Wenn Sie Fragen oder Anregungen haben, kontaktieren Sie mich gerne (siehe Seite 6).

Ihr

Matthias Hauer MdB



# Wirecard



Matthias Hauer beantwortet die Fragen der Journalisten vor der Bundespressekonferenz. © Michael Wittig

## Bundespressekonferenz zu Wirecard

Die Unionspolitiker im Wirecard-Untersuchungsausschuss haben am 14. April vor der Bundespressekonferenz eine Zwischenbilanz der Ermittlungen gezogen. In seinem Eingangsstatement übte Matthias Hauer MdB deutliche Kritik an der Finanzaufsicht BaFin und dem Bundesfinanzministerium: Die Aufsicht habe versagt. „In vielen Bereichen hat die BaFin nicht gehandelt“, sagte er. Ein weiterer fataler Fehler sei das von der BaFin verhängte Leerverkaufsverbot gewesen. Damit wurde dem Markt suggeriert, dass bei Wirecard alles in Ordnung sei. „Das geschah vor den Augen des Bundesfinanzministeriums und das Ministerium hat weggesehen“, so Hauer. Als oberste Aufsichtsbehörde über die BaFin stehe das Ministerium und damit insbesondere der Bundesfinanzminister in der Verantwortung. Der Essener Bundestagsabgeordnete, der im Untersuchungsausschuss als Obmann für die Unionsfraktion tätig ist, übte auch deutliche Kritik am fehlenden Aufklärungswillen von Scholz. Relevante Unterlagen – konkret 111 Ordner – wurden vom Finanzministerium zu spät vorgelegt, teilweise so viele Monate nach Fristablauf, dass Zeugen die Dokumente nicht vorgelegt werden konnten. Diese Vernehmungen mussten deshalb wiederholt werden.

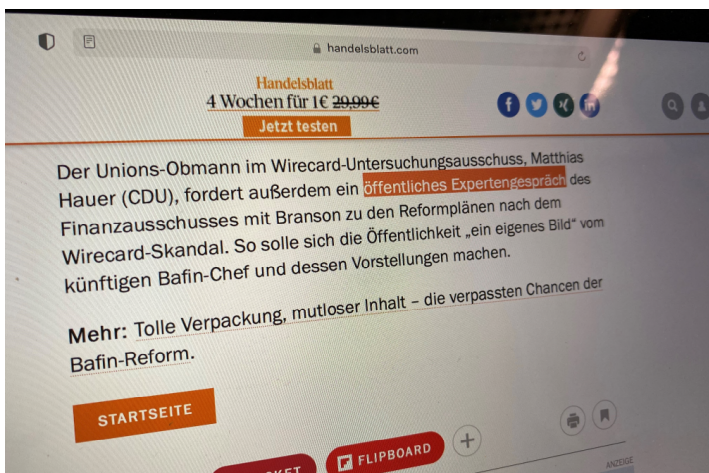
## Bilanz



Die Abgeordneten der Union im Untersuchungsausschuss (v.l.): Fritz Güntzler, Matthias Hauer und Hans Michelbach

## Finale im Untersuchungsausschuss

Nach einem halben Jahr mit 44 Sitzungen, fast 400 Ausschussstunden, über 80 Befragungen, über 800 GB Daten auf dem Laufwerk und hunderten Ordnern in der Geheimschutzstelle hat der 3. Untersuchungsausschuss in dieser Wahlperiode am 23. April den wesentlichen Teil der Beweisaufnahme beendet. Im nächsten Schritt wird der Abschlussbericht erstellt. Er beinhaltet Informationen zum Gang des Verfahrens und zu den ermittelten Tatsachen sowie die Bewertung der Ergebnisse. Der Ausschuss war im Oktober 2020 einberufen worden. Er sollte aufklären, wie der Skandal überhaupt möglich war: Der ehemalige Finanzdienstleister Wirecard hatte jahrelang unentdeckt Scheingeschäfte getätigt. Im Sommer 2020 wurde ein Bilanzloch von 1,9 Milliarden Euro aufgedeckt.



Während sich Mark Branson am 23. März den Politikern im Finanzausschuss vorstellte, forderte Matthias Hauer MdB ein öffentliches Fachgespräch.

## Neuer BaFin-Chef für klare Regeln

In einer öffentlichen Sitzung des Finanzausschusses hat sich Mark Branson am 14. April erneut den Fragen der Fachpolitiker gestellt. Der designierte Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sollte u.a. darlegen, wie er den geplanten Kulturwandel der BaFin gestalten will und wie künftige Compliance-Regeln aussehen sollen. Dabei trat der 52-jährige Brit deutlich für „sehr klare Regeln“ ein. In der Diskussion um das geplante Gesetz zur Stärkung der Finanzmarktintegrität (FISG) befürwortete er eine einstufige Bilanzkontrolle, wie sie Matthias Hauer auch für die Union gefordert hatte. Der Wechsel an der Spitze der BaFin war eine Folge aus dem Skandal um den Finanzdienstleister Wirecard. Knapp 100 interessierte Zuschauer nahmen an der Online-Sitzung mit Mark Branson teil. Matthias Hauer hatte sich dafür eingesetzt, das Gespräch für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen.





Als letzte Zeugin dieser Woche ist am Freitag Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem Untersuchungsausschuss erschienen. Sie wurde zu ihrer China-Reise im Jahr 2019 befragt, bei der u.a. auch Wirecard zur Sprache kam. „Es gab damals allen Presseberichten zum Trotz keinen Anlass, von schwerwiegenden Unregelmäßigkeiten auszugehen“, sagte die CDU-Politikerin im Untersuchungsausschuss. An den Tagen zuvor waren Peter Altmaier, Christine Lambrecht und Olaf Scholz befragt worden. © Henning Schacht



Vizekanzler Olaf Scholz auf dem Weg zur Vernehmung im Untersuchungsausschuss © Simone M. Neumann

## Matthias Hauer: Olaf Scholz trifft Hauptverantwortung im Wirecard-Skandal

Der 3. Untersuchungsausschuss hat in dieser Woche seinen Höhepunkt mit der Befragung der politischen Spitzen erreicht. An vier Tagen standen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, Bundesjustizministerin Christine Lambrecht, Vizekanzler Olaf Scholz und Bundeskanzlerin Angela Merkel Rede und Antwort. Befragt wurden in dieser Woche zudem u.a. Digitalstaatsministerin Dorothee Bär sowie Scholz' Staatssekretär, Jörg Kukies. „Die politische Verantwortung liegt klar bei Bundesfinanzminister Olaf Scholz“, betont Matthias Hauer, Obmann der Union im Untersuchungsausschuss. „Die Vernehmungen offenbaren eine erschreckende Tatenlosigkeit des Bundesfinanzministeriums bei den Themen Bilanzkontrolle, Finanz- und Geldwäsche so-

wie Mitarbeitergeschäfte. Das Bundesfinanzministerium hat beim Versagen der Behörden weggeschaut.“ Scholz hingegen wies bei der Befragung jegliche Verantwortung für den Skandal um Wirecard zurück. „Das ist ein Schlag ins Gesicht tausender geschädigter Wirecard-Anleger“, kommentierte Matthias Hauer. „Olaf Scholz steht bei der Aufklärung von Anfang an auf der Bremse und sucht Fehler nur dort, wo er nicht beteiligt ist. Das ist nicht hinnehmbar.“ Der Untersuchungsausschuss hat im vergangenen halben Jahr eklatante Versäumnisse zu Tage gefördert. Mehrere Spitzenmanager – von BaFin, APAS, DPR und EY – mussten gehen. Mit dem Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz, dessen Verabschiedung im Mai vorgesehen ist, plant der Bundestag, die Lehren aus dem Wirecard-Skandal zu ziehen. Die Unionsfraktion hat bereits deutliche Nachschärfungen des Gesetzentwurfes angekündigt: „Starke Bilanzkontrolle aus einer Hand, klare Kompetenzen bei der Geldwäscheaufsicht, weniger Konzentration auf dem Wirtschaftsprüfermarkt, Stärkung der Rechte von Aufsichtsräten und mehr Transparenz bei Verstößen – diese Aspekte fehlen bisher im Gesetzentwurf“, so Hauer.

## E-Mails: Scholz enthält Beweise vor

Vizekanzler Olaf Scholz wollte dem Untersuchungsausschuss womöglich relevante E-Mail-Korrespondenz im Fall Wirecard verheimlichen. Das ergab die Vernehmung des Bundesfinanzministers am 22. April. „Olaf Scholz hat entgegen eigener Aussagen auch von seiner privaten E-Mail-Adresse Wirecard-relevante Nachrichten verschickt“, sagte Matthias Hauer MdB. Das konnte der Essener Abgeordnete anhand von drei Mails nachweisen, die dem Untersuchungsausschuss nur als Beifang vorgelegt wurden. Weil private Korrespondenz nicht automatisch in den Beweisakten enthalten ist, ist fraglich, welche anderen privaten Nachrichten Scholz den Abgeordneten ebenfalls nicht zur Verfügung gestellt hat. „Das Finanzministerium hat dem Ausschuss auch vorher Informationen verspätet oder gar nicht vorgelegt – aber das ist eine neue negative Qualität“, stellte Hauer fest.



Vizekanzler Olaf Scholz steht auch in der Kritik, dem Untersuchungsausschuss Informationen vorenthalten zu haben. © Simone M. Neumann



Matthias Hauer ist neuer stellvertretender Vorsitzender der Landesgruppe NRW und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Ruhrgebiet der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Matthias Hauer wird Sprecher für das Ruhrgebiet

Am 12. April hat die Landesgruppe NRW der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Matthias Hauer MdB einstimmig zu ihrem stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Die Landesgruppe vertritt die Interessen Nordrhein-Westfalens in der Fraktion. Allein durch ihre Größe hat sie auch insgesamt viel Gewicht bei der politischen Positionierung der Fraktion. Zuvor wurde Matthias Hauer zum neuen Sprecher der CDU-Abgeordneten aus dem Ruhrgebiet bestimmt. Diese Gruppe engagiert sich speziell für die Belange des Ruhrgebiets. „Ich freue mich sehr über die neue Verantwortung und werde auch weiterhin eine starke Stimme für Essen, das Ruhrgebiet und NRW in diesen beiden Gremien sein“, betont Matthias Hauer. Bei den letzten beiden Bundestagswahlen konnte er das einzige Direktmandat für die CDU im Ruhrgebiet erringen. Matthias Hauer folgt auf Oliver Wittke MdB, der Ende April aus dem Bundestag ausscheidet. Die nordrhein-westfälische Landesgruppe ist mit 42 Abgeordneten die größte CDU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und wird von Dr. Günter Krings MdB, dessen Stellvertreter Matthias Hauer sowie sieben Beisitzern geleitet.

## Kanzlerkandidat der Union



Armin Laschet

**Für Deutschland.**

#zusammenmachen

Armin Laschet ist Kanzlerkandidat der Union. © CDU

## Laschet wird Kanzlerkandidat

Nach langer und intensiver Diskussion hat sich der Bundesvorstand der CDU in der Nacht von Montag auf Dienstag für Armin Laschet als Kanzlerkandidat der Union ausgesprochen. Matthias Hauer MdB hatte die Kandidatur des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten unterstützt: „Laschet ist erfolgreicher Regierungschef in Nordrhein-Westfalen. Er hat zudem immer wieder bewiesen, dass er verschiedene Strömungen einbinden kann – das macht ihn zu einem starken Kandidaten für die politische Mitte und die gesamte Union“, sagt der Essener Bundestagsabgeordnete. Und nachdem Markus Söder die Entscheidung akzeptiert hat: „Jetzt müssen wir zeigen, wie stark die Union sein kann, wenn alle an einem Strang ziehen. Das sollten wir jetzt gemeinsam demonstrieren.“



In einer namentlichen Abstimmung hat der Deutsche Bundestag heute mit den Stimmen der Koalition den Nachtragshaushalt 2021 verabschiedet.

## Nachtragshaushalt in der Pandemie

Um die Folgen der Corona-Pandemie abzufedern, hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche einen Nachtragshaushalt für das Jahr 2021 beschlossen. Er sieht Gesamtausgaben von 547,7 Milliarden Euro vor - knapp 50 Milliarden mehr als ursprünglich vorgesehen. Die Nettokreditaufnahme steigt um 60,4 Milliarden Euro auf 240,2 Milliarden Euro. Das ist die höchste jemals geplante Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik. Der Bund reagiert damit auf die aktuelle Situation in der Corona-Pandemie sowie auf die verschlechterte konjunkturelle Lage und geringere Einnahmen, die durch Corona-bedingte Steuersenkungen sowie den Kinderbonus entstehen. Die Erhöhung der Staatsausgaben beinhaltet u.a. zusätzliche Unternehmenshilfen im Umfang von 25,5 Milliarden Euro und Gelder für die Pandemiebekämpfung – darunter Mittel für die Testkampagne und 6,2 Milliarden Euro für Impfstoffbeschaffung.



# Essen

## Bürgerkontakt



Am 26. April findet die nächste Diskussion per Livestream statt.

### Online-Sprechstunde

Am 29. März hat Matthias Hauer MdB im Livestream auf Facebook und Instagram von der vergangenen Sitzungswoche in Berlin berichtet und einen Ausblick auf seine Termine in Essen gegeben. Zudem erklärte der Bundestagsabgeordnete, was ein Berichterstatter im Bundestag macht. Er selbst ist derzeit unter anderem Berichterstatter für das Gesetz zur Stärkung der Finanzmarktintegrität. Zusätzlich beantwortete Matthias Hauer Fragen, die im Live-Chat gestellt oder vorab als Direktnachricht zugeschickt wurden. „Vielen Dank für die spannenden Fragen. Ich freue mich darauf, den Dialog auf diesem Wege fortzusetzen“, so der Essener Abgeordnete. Die nächste Folge von „Mittags mit Matthias“ findet am 26. April ab 12 Uhr auf Instagram und Facebook statt. Fragen können gerne vorab gestellt werden.



Auch im Essener Wahlkreisbüro von Matthias Hauer finden derzeit zahlreiche Termine digital statt, so auch das Gespräch mit den angehenden Polizistinnen und Polizisten.

## Diskussionsrunden mit Polizeistudenten

Am 31. März hat Matthias Hauer MdB an zwei digitalen Diskussionsrunden mit Studentinnen und Studenten der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung (HSPV) Nordrhein-Westfalen teilgenommen. Im Rahmen ihres Politikseminars hatten die Studenten Matthias Hauer als ihrem Bundestagsabgeordneten Fragen per E-Mail zugeschickt. „Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter leisten eine besondere Aufgabe für unsere Gesellschaft. Deshalb habe ich die Einladung zu den Gesprächen sehr gerne angenommen“, erklärte Matthias Hauer. In den Diskussionsrunden mit jeweils 35 Teilnehmern haben die Studenten sehr vielfältige Fragen gestellt: Von Bildungspolitik über Innenpolitik bis hin zur Klimapolitik. „Für mich war es sehr spannend zu hören, welche Themen den angehenden Polizistinnen und Polizisten wichtig sind“, so der Bundestagsabgeordnete. „Ich wünsche ihnen für ihren beruflichen Werdegang alles Gute und bedanke mich für den Dienst, den sie für unsere Gesellschaft leisten.“ Moderiert wurden die Diskussionsrunden von Professor Thomas Grumke. Die HSPV hat Studienorte in vielen Städten über NRW verteilt.

## Essener Live-Talk zu Wirecard

Matthias Hauer war am 31. März Referent beim digitalen Live-Talk der CDU Südviertel/ Wasserturm. Die Gesprächsrunde stand unter dem Titel „Zwischenbilanz: Live-Talk zum Wirecard-Skandal mit Matthias Hauer“. Der Essener Bundestagsabgeordnete stand den Teilnehmern Rede und Antwort. Mit ihnen diskutierte Matthias Hauer über die Ursachen des Skandals, die Aufklärungsarbeit im Untersuchungsausschuss, die politische Verantwortung sowie die notwendigen gesetzgeberischen und organisatorischen Lehren daraus. Ortsvorsitzende Barbara Rörig und CDU-Kreisvorstandsmitglied Frank Stein hatten die Initiative zu der Veranstaltung ergriffen und die Moderation übernommen. „Gerne stehe ich zu verschiedenen Themen für Gesprächsrunden auch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen bereit“, sagt Hauer. „Kontinuierlicher Austausch ist wichtig für jede politische Tätigkeit.“

DEUTSCHER BUNDESTAG  
Wahlperiode

30. Sitzung des  
3. Untersuchungsausschusses

Donnerstag, 18. März 2021

Sitzungsbeginn: 11 Uhr

- öffentlich -

**Zwischenbilanz: Live-Talk zum Wirecard-Skandal mit Matthias Hauer MdB**

31. März 2021 um 18 Uhr auf Webex – veranstaltet vom Ortsverband Südviertel/ Wasserturm

4 900

Politischer Austausch findet derzeit in besonders vielen Formaten statt: Der Live-Talk mit der örtlichen CDU erfolgte über die Konferenzplattform Webex.



## Büro Berlin

Deutscher Bundestag  
Matthias Hauer MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 030 227 75169  
Fax: 030 227 76169

Unterstützen mich in Berlin (v.l.): Alexandra Zins,  
Cornelius Gerster, Dirk Stahns und Katrin Arnholz  
© Deutscher Bundestag/ Inga Haar



## Büro Essen

Matthias Hauer MdB  
Blücherstr. 1  
45141 Essen

Tel.: 0201 545 46100  
Fax: 0201 545 46101

Unterstützen mich in Essen (v.l.): Britta Kremer,  
Najma Yari und Felix Paul. © Renate Debus-Gohl

E-Mail: [matthias.hauer@bundestag.de](mailto:matthias.hauer@bundestag.de)

Facebook: [facebook.com/matthiashauer.cdu](https://facebook.com/matthiashauer.cdu)

Instagram: [instagram.com/matthias.hauer.mdb](https://instagram.com/matthias.hauer.mdb)

Twitter: [twitter.com/MatthiasHauer](https://twitter.com/MatthiasHauer)

Internet: [matthias-hauer.de](http://matthias-hauer.de)

